

Haushaltsrede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Ralph Böwingloh zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Rietberg für 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Sunder,
Sehr geehrter Herr Beigeordneter Göke,
Sehr geehrte Damen und Herren aus der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,
liebe Rietbergerinnen und Rietberger,

Meine diesjährige Haushaltsrede steht unter der Überschrift

Krisenzeiten!!!

Dieser Tage erleben wir hautnah die wachsende Entfremdung zwischen einer immer unzufriedener werdenden Bevölkerung und Ihren gewählten politischen Vertretern der demokratischen Parteien. Lieber Bürgermeister Sunder, diese Negativ-Stimmung aus großen Teilen unserer Bevölkerung haben Sie bei Ihrer Neujahrsansprache bereits gut beschrieben. Sie gipfelte unterdessen in den Bauern Protesten der vergangenen Tage. In denen es wohl weniger nur um die Rücknahme von geplanten Streichungen einer Diesel-Steuer-Rückerstattung ging, sondern viel mehr um den in der Vergangenheit immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen einer noch Wettbewerbsfähigen Landwirtschaft. Dafür habe ich vollstes Verständnis und es ist das gute Recht

der Bauern, Handwerker, Transportunternehmer und Ihrer Beschäftigten dagegen zu protestieren.

Weniger Verständnis hatte ich für so manche „Die Ampel muss weg“ Rhetorik wie Symbolik oder auch die Vereinnahmung von berechtigten Protest der Bauern durch Demokratie und Systemfeindlicher Populisten.

Ebenfalls missfielen mir hier vor Ort die Wahlkampfauftritte eines von mir durchaus geschätzten heimischen Bundestagsabgeordneten, bei den Protestveranstaltungen der Landwirte. Liebe CDU, bei aller berechtigten Kritik an die aktuelle Bundesregierung, seien Sie bitte nicht Geschichtsvergessen und bedenken Sie, dass Ihre Parteienfamilie in 16 der vergangenen 20 Jahre das Landwirtschafts-Ressort zu verantworten hatte.

Lassen Sie mich einen großen Bogen spannen, welcher Ihnen auch eine Erklärung für die zurückhaltende Ausgabenpolitik und ständig zur Haushaltsdisziplin mahnende Rietberger FDP-Fraktion aufzeigt.

Spätestens seit 2020 und bereits davor, befinden wir uns in Deutschland und weit darüber hinaus in einem ständigen sich erweiternden Krisenmodus.

Angefangen im Jahr 2015 mit einer bis heute in Teilen unbewältigten Flüchtlingskrise, da die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt eines großen Teils der damaligen Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien nicht wie gewünscht gelungen ist. Dann spielte der Klimawandel, und seine nicht zu ignorierenden Folgen eine immer größere Rolle. Ab 2020 nahm uns dann fast drei Jahre lang die Corona-Pandemie in Ihren Würgegriff, unter deren Gesellschafts-spalterischen Folgen wir bis heute leiden. Vor fast zwei Jahren dann, wo wir uns langsam wieder von den Pandemie -Fesseln befreien konnten, löst ein größenwahnsinniger Diktator aus St. Petersburg, einen Überfall-Krieg auf die Ukraine aus. Nach über 70 Jahren wieder einen blutigen Krieg zwischen zwei Staaten auf europäischen Boden.

Das Ende einer Epoche. Die damit einhergehenden Verteuerungen von Energie und Baumaterialien führten zu inflationären Preissteigerungen bei Investitionen wie Lebenshaltungskosten. Die Folgen waren statt minimalen

Wirtschaftswachstum eine Wirtschaftsschrumpfung im vergangenen Jahr. Das Deutschland das einzige EU-Land ohne Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr war muss man sicherlich auch einer fehlgeleiteten Wirtschafts- und Sozialpolitik der Ampel ankreiden, aber wären die Problemlösungsansätze unter einer GroKo, Jamaika oder Schwarz-Grünen Regierung soviel anders oder besser? Da hege ich doch begründete Zweifel.

Der verschärfende Nahostkonflikt, ausgelöst durch den barbarischen Überfall völlig entfesselter Hamas-Terroristen auf israelische Zivilisten vergangenen Oktober, bringt weitere gesellschaftliche Verirrungen und Verwirrungen in unser Land. Dazu bleibt mir nur zu sagen „Wehret den Anfängen“ das „Nie wieder ist jetzt“. Wir dürfen es als Staat und Gesellschaft in Deutschland nicht zulassen, dass Antisemitismus und Israel-Hass so offen, auf deutschen Straßen, in Schulen und Universitäten, wie in den vergangenen Wochen und Monaten geschehen, hingenommen wird.

Aus all diesen traurigen Tatsachen schließe ich, dass die Rahmenbedingungen für 2024 denkbar bescheiden aussehen.

Jedoch bei weitem nicht so schlecht und katastrophal wie der wachsenden Negativ-Stimmung eines größer werdenden Teils der Bevölkerung vermuten lässt. Woran liegt das? Ich denke das es uns so schlecht wie man anhand vieler Stimmungsbilder so denken könnte, in Wirklichkeit aber nicht geht. Vielmehr glaube ich, dass wir Deutschen „Krise“ verlernt haben.

Uns ging es in den letzten Jahrzehnten nicht nur gut, sondern es ging jeder Generation immer besser, unsere Standards haben sich dementsprechend erhöht und niemand, wir alle nicht, wollen unsere persönlichen Lebensstandards wieder zurückschrauben. Dies lässt sich vom Individuum auf die Gesellschaft, Arbeit, Schule, Stadt, Land, Kontinent übertragen. Jene Deutsche die noch zwei Weltkriege erleben und durchleiden mussten sind schon länger nicht mehr unter uns. Dieser Tage fehlt es an Lichtgestalten und Persönlichkeiten wie einst Weizsäcker, Kohl, Brandt oder Schmidt, die uns sicherlich ins Gewissen reden würden und glaubhaft vermitteln könnten das Sie schon viel schwierigere Zeiten meistern mussten. Aus diesem Grund denke ich, dass wir, als gewählte Ratsvertreter uns und den Bürgerinnen und Bürgern

gegenüber, noch viel ehrlicher machen müssen und Ihnen sagen, dass es unwahrscheinlich ist dass morgen schon alles wieder besser wird sondern viel wahrscheinlicher dass wir uns auf dem Weg zur Talsohle, lieber wappnen sollten bevor es wieder merklich Bergauf geht.

Ich hoffe Sie haben verstanden, worauf ich hinaus will? Diese veränderten Lebensrealitäten begründen unsere Vorschläge und Anträge für Verschiebungen und Streichungen in einem defizitären Haushaltsplan-Entwurf.

Umbau und Sanierung der Rathausstraße:

Es ist richtig, dass wir seinerzeit in den Jahren 2019 und 2020 auch für eine solche Maßnahme gestimmt haben. Nur unter damals noch ganz anderen Rahmenbedingungen der Großwetterlage, einer deutlich geringeren Kostenprognose bei einer gleichzeitig höher geschätzten Förderkulisse.

Nun verzichte ich heute erneut, einen Antrag zur Streichung der Maßnahme zu stellen, möchte aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass es ohne unsere ständigen Hinweise auf Prüfung der tatsächlichen Notwendigkeit dieser kostspieligen Verschönerungsmaßnahme wohl kaum zum Sinneswandel, wenigstens einen Bauabschnitt erst einmal herauszunehmen, gekommen wäre. Glauben Sie mir, unsere Ablehnung hat nichts damit zu tun, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern Rietbergs oder den Geschäftsleuten entlang der Rathausstraße ein verschönertes Zentrum im historischen Stadtkern nicht gönnen, nur sollten wir es uns auch leisten können. Auf Grund der vielfältigen Herausforderungen der kommenden Jahre halte ich persönlich dieses Projekt nach wie vor für verzichtbar.

Stadtentwicklung:

Die Entwicklung von neuem Gewerbe und Industriegebieten, sowie der Bau von dringend benötigten Umgehungsstraßen, muss auch in einer Stadt wie Rietberg, in der Wohlfühl-Faktoren wie Leben, Wohnen Genuss und Freizeit eine wichtige Rolle spielen, auch weiterhin möglich sein.

Denn ohne städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung, droht Stagnation und wirtschaftlicher Rückgang, welcher unseren Wohlstand und unsere lieb-gewonnenen weichen Wohlfühlfaktoren in Gefahr bringen würde.

Migration und Flüchtlinge:

Im vergangenen Jahr ist unsere Stadt an die Grenzen Ihrer Integrations- und Aufnahmekapazitäten von Menschen, die vor Krieg und Vertreibung, aber auch vor den desolaten wirtschaftlichen Bedingungen Ihrer Heimatländer geflüchtet sind, gekommen. Die Kommunen und die Menschen in Deutschland müssen hier gerade eine jahrelang verfehlte Flüchtlings und Einwanderungspolitik unserer Bundesregierungen ausbaden. Die Verantwortlichen in Berlin und Brüssel haben viel zu lange nicht gehandelt oder wie gegenwärtig oft zu spät und ohne angemessene Konsequenzen.

Somit ist Deutschland im vergangenen Jahr, sehenden Auges in eine erneute Flüchtlings- und Migrationskrise herein-geschlittert.

Gab es in den Jahren 2015/16 noch einen breiten gesellschaftlichen Konsens des „Wir schaffen das“ und im Jahre 2022 noch eine erfreulich große Aufnahmebereitschaft aus der Bevölkerung heraus für geflüchtete Ukrainerinnen, so hat sich die Stimmung im vergangenen Jahr komplett gewendet. Die Stadt muss die Ihr zugewiesenen Menschen ordentlich unterbringen und dabei muss die Politik Sie unterstützen. Allerdings genügt nicht bloß ein warmes Dach über den Kopf, Kleidung und Nahrung, Integration ist so viel mehr, die wir bei unseren finanziellen, wie personellen Ressourcen kaum noch verantwortlich leisten können.

Bei der Unterbringung, der Umwidmung von Bestandsgebäuden, den Neubau von Containeranlagen müssen wir zukünftig die Bürgerinnen und Bürger aus der Nachbarschaft mehr mitnehmen, wenn wir deren Akzeptanz und deren Aufnahmebereitschaft nicht komplett verlieren möchten.

Daher plädiere ich hier und heute für eine zukünftig gleichmäßigere gerechtere Verteilung von geflüchteten Menschen, auf alle Rietberger Ortsteile, wir müssen aufpassen, dass wir die Ortsteile Rietberg, Neuenkirchen und Mastholte nicht einseitig überlasten und überfordern.

Gartenschaupark:

Ich möchte hier erst einmal die begonnenen Gespräche über die Zukunft unseres Gartenschauparkgeländes lobend herausstellen. Allgemeiner Konsens

unter den Parteien ist, dass uns unser Gartenschaupark teuer und wichtig ist und wir ihn in gewohnter Qualität erhalten möchten.

Und aus diesem Grund kommen wir nicht Drumherum, wenn auch schmerzlich, das Grüne Klassenzimmer aufzugeben. Wenn wir zukünftig nicht jedes Jahr die städtischen Zuschüsse erhöhen wollen, und dieses Szenario ist keineswegs unwahrscheinlich, da auch einige Attraktionen, Gebäude und Gerätschaften in die Jahre gekommen und ersetzt bzw. saniert werden müssen, fordere ich die Park-Geschäftsführung auf, verstärkt auf Sponsorensuche, auch über Rietbergs Grenzen hinaus zu gehen, vielleicht ist das Nein der Verler für eine eigene Landesgartenschau ja auch eine Chance für unseren Park. Ich glaube Kindern und deren Eltern ist es völlig egal ob der Rutschen-Turm nun Rieti-Rutsche heißt oder schlicht nach einem Unternehmen benannt ist. Da gilt es neue Wege zu gehen und Chancen zu heben.

Ausdrücklich hervorheben möchte ich, dass der Haushalt- anders als in den Jahren zuvor, erst im Haushaltsjahr selbst verabschiedet werden soll. Wurden unsere jährlichen Anträge auf Verschiebung im neuen Jahr noch aus rechtlichen aber auch aus tatsächlichen Gründen stets abgelehnt und als nicht notwendig erachtet, hat dieses Haushaltsjahr doch eindrucksvoll gezeigt, dass zum einen die Stadt weiterhin handlungsfähig geblieben ist und das Einsparungen und Konsolidierungsmaßnahmen möglich sind, wenn der Politik die notwendige Zeit für die Haushaltsberatungen eingeräumt wird und eben nicht unter Zeitdruck gesetzte Entscheidungen treffen muss.

Es sollte aus unserer Sicht daher ab jetzt Konsens zwischen Rat und Verwaltung sein, dass

1. zwischen der Haushaltseinbringung Anfang November und der ersten Fachausschusssitzung mindestens 4 Wochen liegen müssen. Und
2. nach Abschluss der Fachausschusssitzungen noch mal Anfang/Mitte Januar interfraktionell Beratungsmöglichkeiten besteht, über die dann final der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet.

Ob der Haushalt dann noch Ende Januar oder erst Anfang Februar verabschiedet werden kann, ist letztlich von untergeordneter Bedeutung.

Lobend hervorheben möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal die Kolleginnen und Kollegen der CDU, die in den Haushaltsplan-Beratungen der vergangenen Wochen wirklichen Sparwillen gezeigt und unter Beweis gestellt haben, dass Ihnen der Ernst der Lage dieses Mal bewusster ist.

Gleichzeitig habe ich hier von der Zuschauerbank, vergangenen Donnerstag im Hauptausschuss Kopfschüttelnd, dass verzweifelt wirkende Bemühen der geschätzten Kolleginnen und Kollegen von UWG, SPD und Grünen bei dem gescheiterten Versuch der Rücknahme von vor wenigen Wochen erst im Bauausschuss gefassten Beschlüssen, verfolgen müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Campingwagen Stellplätze war so etwas von ausdiskutiert, lernen Sie bitte demokratisch gefasste Beschlüsse zu akzeptieren. Ansonsten bleibt mir leider nur zu sagen, dass Sie die Zeichen der Zeit wohl nicht sehen wollen. Denn leider habe ich bei Ihnen jeglichen Sparwillen vermisst.

Kommen wir nun zu Zahlen, Fakten und Auswirkungen des vorgelegten Haushaltsplan- Entwurfs.:

Es ist vorab zur Kenntnis zu nehmen, so die Analysen, dass es in den letzten Jahren und wohl auch in 2023 wieder zu einer deutlich positiveren Planabweichung im Ergebnishaushalt kommen wird. Im Resultat heißt das, dass 2023 mit Überschüssen im Ergebnis- und Finanzhaushalt aus der Verwaltungstätigkeit abgeschlossen wird. Somit wird die geplante Ausgleichsrücklage in 2027 mit Blick auf eine Haushaltssicherung rein planungsrechtlich nicht aufgebraucht sein.

Diese Situation ändert nichts an der dramatischen Entwicklung der finanzwirtschaftlichen Haushalts-Schiefelage der Stadt Rietberg in den nächsten Jahren. Die in der Planung 2024-2027 expansiv ausgerichtete Haushaltspolitik der Verwaltung, stranguliert nachhaltig die Zukunftsfähigkeit der Stadt Rietberg.

Die Ausrichtung einer Haushaltspolitik danach, ob und wann das Risiko einer Haushaltssicherung planerisch eintreten könnte, ist ein verantwortungsloses

Spiel ohne jeden finanz- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungscharakter für eine Kommune. Wer die Grenzen des Eigenkapitalverzehr als Finanzrahmen für seine Haushaltsplanung als Leitplanke eindimensional ausnutzt, der führt eine Stadt wie Rietberg in den Ruin. Und genau das belegt die vorliegende Haushaltsplanung 2024 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2027.

Die Stadt steht danach finanzwirtschaftlich am Abgrund und wird schwerlich wieder einen ausgeglichenen Haushalt aus eigener Kraft vorlegen können.

Wie katastrophal und bodenlos die vorliegende Planung finanzwirtschaftlich aufgestellt ist, zeigt allein das simple Beispiel, dass die Stadt mit einem geplanten Haushaltsvolumen an Erträgen/Einnahmen zwischen 75 Mio. € und 85 Mio. € aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, eine Verschuldung in Höhe von 117 Mio. € bis 2027 eingehen will. Das sind aufgelaufene Investitionskredite von 87 Mio. € und Kassenkredite von 30 Mio. €.

Bereits für 2024 werden Investitionskredite in Höhe von 81 Mio. € geplant. Dies führt zu jährlich steigenden Zinszahlungen im Haushalt von 1,8 Mio. € in 2024 und bis zu 3,6 Mio. € in 2027.

Die liquiden Mittel von heute etwa 15 Mio. € sinken zwangsläufig auf einen Bodensatz von 2,5 Mio. € mit der Tendenz gegen Null.

Bis 2027 werden aufgelaufene Haushaltsdefizite von - 36 Mio.€ geplant. Daraus entsteht ein Eigenkapitalverzehr von 105 Mio. € zum 31.12.2023 auf 69 Mio.€ zum 31.12.2027.

Das geplante Investitionsvolumen 2024-2027 in Höhe von 114 Mio.€ soll mit 49 Mio. € oder 43% über Zuwendungen (Fördermittel) für Investitionsmaßnahmen teilfinanziert werden. Ein Fördervolumen, wo völlig unklar ist, ob es in dieser Höhe überhaupt ansatzweise unter den beschriebenen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Landes- und Bundeshaushalt, realisierbar ist. Hier liegt ein weiteres erhebliches Haushaltsrisiko!

Der Etat zeigt bis 2027 weder irgendwelche Leitplanken noch ein Abfederungspotential auf, um zu verhindern mit diesen Planungs-Eckdaten

nicht am Ende doch früher oder später in die Haushaltssicherung zu schlittern. Es wird ein großes Rad gedreht, also wirken auch nur große Einsparmaßnahmen im laufenden Haushalt und deutliche Investitionsstreichungen.

Hinzu kommt, dass sich die äußeren finanzpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland deutlich verschlechtern.

- Der Ukraine-Krieg mit den wirtschaftlichen Auswirkungen auf Deutschland, der Nahost-Konflikt mit der Ausstrahlung politischer Unsicherheiten auf Europa, eine hohe Inflationsrate und die zunehmende Anzahl der Asylbewerber machen das Planen eines kommunalen Haushalts für die nächsten Jahre sicherlich schwieriger.
- Hinzu kommt der Spardruck der auf Bundes- und Landeshaushalte unter Einhaltung der Schuldenbremse und der Auflösung der Haushalts-Sonderfonds lastet. Genau diesen Budgetdruck werden die kommunalen Haushalte zu spüren bekommen, weil vieles an Belastungen nach unten weitergereicht werden oder als Förderung eingestellt wird. Auf jeden Fall werden Fördermaßnahmen für Schönheitsprojekte restriktiver gehandhabt werden.
- Die Haupteinnahmequellen, wie die Gewerbesteuer und der Anteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer sind konjunkturabhängig und damit von der Entwicklung der Branchenkonjunktur und der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur stark beeinflusst.

Nur wenn der städtische Kernhaushalt finanzwirtschaftlich im Gleichgewicht gehalten wird, ist eine unabhängige zukunftsfähige Entwicklung der Stadt Rietberg möglich.

Der eingebrachte Haushaltsplan-Entwurf 2024 verfehlt unserer Meinung nach die Anforderungen an eine solide und ordnungsgemäße Haushaltsführung und gefährdet somit die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Ebenso werden Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ignoriert.

Diese Schlussfolgerung lässt der Fraktion der FDP keine andere Wahl als den von der Verwaltung eingebrachten Haushaltsplan-Entwurf abzulehnen.

Es mag sein, dass ich mit meiner diesjährigen Haushaltsrede den Bogen ein wenig überspannt habe, doch ist es mir wichtig, dass Sie meine Damen und Herren unsere ablehnende Haltung zum vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf auch verstehen und nicht denken, dass die FDP mal wieder den Spielverderber und Querulanten aus reiner Passion gibt, sondern wir Ihnen die veränderten Realitäten vor Augen führen aus denen zwingend Konsequenzen gezogen werden müssen.

Lassen Sie mich zum Ende meiner Rede wieder versöhnlicher werden, ich möchte mich auch im Namen der gesamten FDP-Fraktionen bei Ihnen lieber Herr Bürgermeister Sunder, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Euch liebe Ratskolleginnen und Kollegen für die gute und Vertrauensvolle Zusammenarbeit des vergangenen Jahres danken. Ich bin der festen Überzeugung das Sie/Ihr alle, nur das Beste für unsere Stadt wollt und dies verdient unseren Respekt.

Lassen Sie uns gemeinsam, die wachsenden Herausforderungen, in einer sicherlich nicht schnell wieder besser werdenden Zeitepoche, für das Jahr 2024 annehmen und für die besten Lösungen respektvoll und demokratisch streiten und zusammenarbeiten, zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Stadt.

Ralph Böwingloh

Fraktionsvorsitzender